

A15NEU Solidarität mit LGBTQIA+ in Poniatowa und endlich Handeln!

Antragsteller*in: Alexander Kräß, Christiane Riese (KV Steglitz Zehlendorf)

Tagesordnungspunkt: Anträge

Antragstext

1 Schon im Jahr 2020 haben wir mit einem Antrag unsere Solidarität mit LGBTQI* in
2 Polen gezeigt als Reaktion auf die Erklärung zur "LGBT+-freien Zone" unserer
3 polnischen Partnerstadt Poniatowa. Die Situation hat sich jetzt weiter
4 verschärft - zuletzt mit der Verhandlung des neuen Gesetzes, das ein Verbot
5 aller LGBTQ+-Veranstaltungen nach sich ziehen würde.

6 Wir sprechen uns gegen diese menschenverachtende Diskriminierung aus und
7 verlangen vom Bezirk eine Positionierung sowie eine Solidaritätsbekundung
8 gegenüber den Betroffenen.

9 Neben der aktiven Vernetzung und Unterstützung von Aktivist*innen vor Ort halten
10 wir zudem eine Auseinandersetzung mit den politisch Verantwortlichen in
11 Poniatowa für angebracht. Die Beschlüsse zur Partnerschaft mit Poniatowa müssen
12 nun angegangen und umgesetzt werden.

13 Die Bezirksverordnetenversammlung in Steglitz-Zehlendorf und vor allem die
14 Fraktion von Bündnis 90/Die Grünen sehen wir in der Verantwortung, klare
15 Stellung zu diesen menschenrechtswidrigen Vorgängen zu beziehen und zum Beispiel
16 gemeinsame Bildungsaktionen und andere Veranstaltungen zu planen.

17 Mit einer Initiative zum Schüler*innenaustausch zwischen Steglitz-Zehlendorf und
18 Poniatowa kann man gerade den Jugendlichen und Kindern auf beiden Seiten neue
19 Perspektiven ermöglichen und sie im Kontext der LGBTQ+Thematik mit Hilfe von
20 Bildungsangeboten und Diskussionen sensibilisieren.

21 Vor allem im Austausch und Zusammenschluss mit den anderen Partner*innenstädten
22 Steglitz-Zehlendorfs müssen wir eine klare Haltung wahren und Druck aufbauen.

23 Eine Städtepartner*innenschaft bedeutet, sich für einander verantwortlich zu
24 fühlen. Wir können nicht länger dabei zusehen, wie Menschen ihre Sexualität
25 weder ausüben noch darüber informieren dürfen, sondern müssen endlich unsere
26 Verantwortung wahrnehmen.

Beschluss Änderungsantrag Präambel

Antragsteller*in: Alexander

Antragstext

- 1 In.Z.14-15:
- 2 An erster Stelle setzen wir unsere Umwelt- und Klimaziele für ein klimaneutrales
- 3 Steglitz-Zehlendorf bis 2035. Klimaschutz ist ein Querschnittsthema, das in
- 4 allen Bereichen und bei allen Themen mitgedacht werden muss. Darum denken wir
- 5 dieses Thema in allen Kapiteln und Themenbereichen mit.

Beschluss Kapitel 1, Z.81-88

Antragsteller*in: Alexander

Antragstext

1 Dabei soll insbesondere die Verwaltung als Vorbild vorangehen. Wir setzen uns
2 darum für eine klimaneutrale Verwaltung bis spätestens 2035 ein. Strom und
3 Heizsysteme müssen schnellstmöglich erneuerbar, Solaranlagen auf öffentlichen
4 Bauten installiert und Neubauten energieeffizient und mit nachhaltigen
5 Rohstoffen gebaut werden.

6 Das Straßen- und Grünflächenamt hat bereits damit begonnen, seinen Fuhrpark auf
7 Elektromobilität umzustellen. Dieser Prozess soll auf alle Ämter ausgedehnt
8 werden: Wo nötig, sollen Elektroautos eingesetzt werden. Ansonsten fordern wir
9 auch einen verstärkten Einsatz von Lastenrädern bei den Ämtern und ein Angebot
10 von Fahrrädern und Tickets für den Öffentlichen Personennahverkehr für die
11 Beschäftigten der Ämter.

12 Das Klimaschutzkonzept des Bezirks bietet einen konkreten, ambitionierten Plan
13 für ein klimaneutrales Steglitz-Zehlendorf. Wir müssen jetzt aber die Umsetzung
14 dieses Konzepts voranbringen. Klimaschutz muss deshalb auch beim Bezirkshaushalt
15 eine zentrale Rolle spielen.

16
17 Klimaschutz muss in allen Bereichen gestärkt werden. Darum fordern wir, dass
18 alle Ämter zuständige Personen für den Klimaschutz benennen. Durch die Schaffung
19 der Stelle eines/einer Klimaschutzbeauftragte*n und die finanzielle Stärkung der
20 Klimaschutzkoordination möchten wir die Aktivitäten der Ämter fördern und besser
21 aufeinander abstimmen. Alle Beschlüsse des Bezirks müssen auf ihre Auswirkungen
22 auf den Klimaschutz geprüft werden.

Beschluss Kapitel 1 - Z.75-77

Antragsteller*in: Alexander

Antragstext

- 1 Klimaschutz in ein Querschnittsthema. Darum haben sich alle Ausschüsse und Ämter
- 2 über ein Jahr mit dem Thema auseinandergesetzt und wie dieser hier bei uns im
- 3 Bezirk in den nächsten Jahren umgesetzt werden kann. Auch bei unserem
- 4 Wahlprogramm denken wir ihn in allen Kapiteln und Themen mit.

Beschluss Kapitel 3, nach Z.259

Antragsteller*in: Alexander Kräß

Antragstext

- 1 Wir wollen eine Mobilitätspolitik, die allen Menschen hilft. Aktuell ist es oft
- 2 einfacher, mit dem Auto zur Arbeit zu kommen als zu Fuß, mit dem ÖPNV oder dem
- 3 Rad zur Schule, zur Kita oder anderen sozialen Einrichtungen zu gelangen. Da
- 4 Frauen in unserer Gesellschaft immer noch mehrheitlich die Sorgearbeit
- 5 übernehmen, werden gerade sie dadurch benachteiligt. Insgesamt werden Familien
- 6 und mobilitätseingeschränkte Personen im Verkehr schlechtergestellt. Zudem sind
- 7 vor allem auch verkehrspolitische Gremien, Ämter, Studiengänge und die
- 8 Verwaltung mehrheitlich männlich und weiß besetzt.
- 9
- 10 Wir setzen uns darum für eine feministische, gleichberechtigte Verkehrswende
- 11 ein: Mobilität muss für alle Menschen möglich sein und die Vereinbarkeit und
- 12 Arbeit und Familie ermöglichen. Neben paritätisch besetzten Gremien bedeutet
- 13 das, dass wir kurze Wege stärken und erleichtern möchten und nachhaltige
- 14 Verkehrsformen, wie Fuß-, Rad- und Öffentlicher Personennahverkehr, fördern
- 15 wollen. Angsträume im Straßenraum wollen wir verringern und die objektive und
- 16 subjektive Verkehrssicherheit verbessern.

Beschluss Kapitel 10, Z. 1240

Antragsteller*in: Alex

Antragstext

- 1 **"Zukunft gemeinsam planen" ersetzen durch:**
- 2 **Klimaschutz gemeinsam gestalten**

Beschluss Aufbau eines durchgängigen Radwegenetzes

Antragsteller*in: Timo Julius Riedel (KV Berlin-Steglitz/Zehlendorf)

Antragstext

1 Kapitel 3: Z. 330-332:

2

3 Wir wollen den Ausbau von breiten, geschützten Radspuren auf Hauptverkehrsadern

4 fördern. Wir wollen sie insbesondere dort schnell umsetzen, wo mehr Fahrspuren

5 als nötig vorhanden sind, besonderer Bedarf besteht. Ziel ist der Aufbau eines

6 zusammenhängenden und durchgängigen Radwegenetzes.

Begründung

Radwege machen dann besonders Sinn, wenn Sie druchgehend gestaltet sind und nicht an Engstellen, an denen Radfahrer besonders gefährdet sind, plötzlich enden. Die bloße Umverteilung von überschüssigem Verkehrsraum, der ehemals dem Auto zugeordnet war, wird dem Ziel der Gleichberechtigung aller Verkehrsteilnehmer und dem Schutz von vulnerablen Gruppen nicht gerecht. Radwege müssen nicht zwingend entlang von Hauptverkehrsadern angeordnet sein.

Beschluss Diskussion Stammbahn

Antragsteller*in: Florian Ney (SteZe)

Antragstext

- 1 siehe Antreg von Aaron in WhatsApp